

Protokoll des öffentlichen Teils der Mitgliederversammlung der LINKEN Mönchengladbach,
16.1.2008

*Referent: Holger Vermeer,
Sekretär der IG Bau und Agrar und Umwelt (alte IG Bau Steine Erde)*

Lohndumping und Mindestlohn.

Helmut Schaper vom Kreisvorstand der Mönchengladbacher LINKEN, der die Versammlung leitete, ging in seiner Einleitung auf die aktuellen Ereignisse ein, die uns derzeit überholen, stellte einige „Bilder des real existierenden Kapitalismus“ vor: Bei Nokia in Bochum würden derzeit 2300 Arbeitsplätze kaputtgemacht, so die jüngsten Nachrichten. Dabei arbeite der Nokia-Betrieb in Bochum wirtschaftlich, fahre hohe Profite ein. 80 Millionen € habe Nokia als Staatsknete an Subventionen erhalten.

Die Caritas Mitarbeiter hätten auf 40 Prozent ihres Gehaltes für die Dauer von neun Monaten verzichtet, um so ihren Arbeitsplatz zu erhalten.

Nicht besser sei es um die Rentner bestellt. Ihnen war immer wieder die Rente gekürzt worden. Dann hatte man ihnen gesagt, sie sollten doch etwas für das hohe Alter zurückliegen. Doch diese Riester- und Rürup-Renten seien Betrug. Denn wer in diese Rente eingezahlt habe, wird, sollte er im Alter auf Grundsicherung zurückgreifen müssen, insgesamt nicht mehr erhalten als alle anderen auch, die Grundsicherung erhalten.

Holger Vermeer

Wenn heute über Mindestlohn und Leiharbeit diskutiert würde, spreche man immer wieder von Sklavenarbeit und Lohndumping.

Lange Zeit war diese Terminologie in der Gewerkschaft umstritten.

Doch es muss sich was tun.

Die IG BAU arbeite in fünf Tarifbereichen, in denen es tarifliche Mindestlöhne gibt:

Bau, Gerüstbau, Malerhandwerk,

Diese Mindestlöhne sind das Ergebnis von Verhandlungen.

Die IG BAU hat noch mal eine neue Gewerkschaft gegründet, den „Europäischen Verband der Wanderarbeiter“.

Es gibt im Baugewerbe vier Gruppen von Mindestlöhnen zwischen 8,40 und 12,40 €:

Facharbeiter West

Facharbeiter Ost

Ungelernte Arbeiter West

Ungelernte Arbeiter Ost

Als Facharbeiter gilt bereits, wer nicht ungelernt ist.

Die Gewerkschaften arbeiten an einer Angleichung, in diesem Jahr werde es entsprechende Verhandlungen geben.

Zwar erhalten Arbeiter aus dem Osten, wenn sie im Westen arbeiten, den Westlohn. Sie gelten jedoch häufig als Lohndrücker, da sie mit niedrigeren Forderungen einverstanden seien. Wer als Arbeiter aus dem Westen in Ostdeutschland arbeite, erhalte aufgrund der Besitzstandwahrung dort auch Westlohn.

Umgangen wird die Mindestlohnregelung durch die Praxis, Bauarbeiter kurzfristig zu „Selbstständigen“ zu erklären. Dadurch werden die Tarifverträge umgangen, und die „Selbstständigen“ erhalten einen Lohn, der niedriger als der geltende Mindestlohn ist. Gerne werden unternehmerseitig Bauhelfertätigkeiten als Reinigungstätigkeit beschrieben. Dieser werden niedriger bezahlt, hier gilt ein niedrigerer Tarif.

An der Baustelle Limberger Platz in Essen sei es üblich, den Bauarbeitern 170 Stunden zu bezahlen, tatsächlich würden diese jedoch 250 Stunden arbeiten.

Mit Lohndrückerei und Scheinselbständigkeit werden im Baugewerbe die Bestimmungen des Mindestlohns umgangen. Wir haben hier keine Insel fremden Rechts, rumänische und polnische Bauarbeiter müssen nach deutschem Recht behandelt werden.

Bauarbeitergeber behaupten immer gerne: 150.000 Bauarbeiter in Deutschland erhielten keine Mindestlöhne.

Dann hieß es, dass fast eine Million Fremdarbeiter (*hat er wirklich dieses schreckliche Wort benutzt und keiner hats gemerkt?*) in Deutschland als Kontingentarbeitnehmer arbeiten sollen. Das ist eine Zahl, die mehrere Bereiche betrifft, nicht nur den Baubereich, sondern auch die Landwirtschaft.

Auch ein Mindestlohn von 7,50 € führt die Menschen, wenn sie Kinder haben, immer noch in Hartz IV.

Inzwischen haben wir 800.000 Leiharbeiter. Gleichzeitig sind 500.000 sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze weggefallen, d.h. Leiharbeit hat andere Arbeitsplätze wegrationalisiert.

Und so werden zusätzliche Profite finanziert, die der Steuerzahler zu bezahlen hat.

Immer wieder wird die hohe Zahl von den vielen Arbeitern auf dem Bau, die keine Mindestlöhne erhalten würden, von den Arbeitgebern in die Diskussion gebracht nach dem Motto: Da hat man jetzt im Baubereich die Mindestlöhne und es klappt aber nicht. Keiner hielt sich da dran. Da sei es doch besser, diese ganze Bürokratie abzuschaffen.

Doch die Strassenverkehrsordnung schafft doch auch keiner ab, weil sich viele nicht daran halten. Genauso ist es mit dem Tariftreuegesetz auch. Und wenn man meint, dass das nicht eingehalten wird, dann muss man Kontrollen machen, und sich dafür einsetzen, dass die eingehalten werden.

Die Zahl der 150.000, die de facto keinen Mindestlohn erhalten, wird immer wieder politisch eingesetzt.

Von 1,4 Millionen Beschäftigten im Baubereich ist die Zahl auf 700.000 heruntergegangen. Das ist nicht nur konjunkturell bedingt, das ist Verdrängungsmechanismus.

Die Spirale geht immer weiter nach unten.

Insgesamt hat man es als IG BAU nicht geschafft, den Arbeitsplatzabbau zu verhindern.

Einiges hat sich verschlechtert, manches ließ sich retten. So gibt es immer noch bundesweite Regelungen, einen Bundesecklohn. Und man habe das Aufkommen eines Rassismus verhindert. Man setze sich genauso für die rumänischen Kumpels ein, wie für die anderen.

Die gewerkschaftliche Hilfe brauchen. Unsere Tarifverträge müssen für alle Arbeiter gelten.

Im Rahmen des Vortrages wird ein kürzlich gesendeter ZDF-Film über rumänische Lohnsklaven, die wochenlang auf ihr Geld warteten, gezeigt.

Zwei Monate, so der Film, hätten diese Arbeiter keinen Lohn erhalten. Sie hatten täglich mindestens zehn Stunden gearbeitet, an Samstagen sechs Stunden. Die Betroffenen waren auf einer Baustelle für ein neues Ärztehaus für das St. Marienhospital eingesetzt.

Ein Stundenlohn für einen Arbeitnehmer wird arbeitgeberseitig mit 60-65 € kalkuliert. Bei Wanderarbeitern haben die Unternehmer 90% eingespart: diese „selbständigen“ Arbeiter erhalten nur 7 €, es fallen keine Sozialabgaben an. Trotzdem kommen die Menschen aus den MOE-Staaten, in Deutschland können sie 1600-1700 € verdienen, in Rumänien nur 600 €.

Viele fahren einfach so auf gut Glück von Rumänien nach Deutschland. In Rumänien gibt es Vermittler im Internet und andere Wege. Anlaufpunkt ist eine Filiale der Exact-Bau in Siegburg.

Weinert Jürgen von Exact Bau behauptet in dem Film, dass man Arbeiter aus den MOE-Ländern brauche, weil sie billiger arbeiteten, und so unsere Arbeiter subventionieren würden.

Dieser Jürgen Weinert ist 2003 von einem Gericht in Koblenz rechtskräftig verurteilt worden. 2004 wurde er vom Amtsgericht Köln wegen Insolvenz zu 10 Monaten auf Bewährung verurteilt. Und im November 2006 sei gegen ihn Anklage erhoben worden, weil er bei einem Notar falsche Angaben gemacht habe.

Die Lebensbedingungen der Arbeiter aus Rumänien und Polen, so zeigt der Film, sind erniedrigend. Zu viert teilen diese sich ihre Zimmer. Im Bad müssen 25 Arbeiter duschen. Durch das Ausbleiben der Löhne haben die meisten keinen Cent mehr, müssen zeitweise das Essen rationieren. Und das zu Hause dringend benötigte Geld könne man nicht mehr in die Heimat schicken. Lediglich etwas Essensgeld stehe zur Verfügung.

Dann zeigte der öffentliche Druck Wirkung. Generalunternehmer Frank Schmitz bietet den Rumänen Soforthilfe an. 500 € erhielten sie sofort, der Differenzbetrag zu den geforderten Summen komme auf ein Notaranderkonto.

Diskussion

Frage und Beiträge: Müssen diese „Selbstständigen“ kein Gewerbe anmelden?
Was ist mit den Betriebsräten, wieso gehen die nicht an die Öffentlichkeit?
Die Gewerkschaften sollten mehr auf die Strasse gehen.

Es ist wichtig, dass in allen Branchen Mindestlöhne gezahlt werden.

Was ist mit dem Mindestlohn beim Verleih?

Die IG Metall sagt, der Mindestlohn ist ja nur die zweite Lösung, an sich muss der Tariflohn deutlicher und stärker in den Vordergrund gerückt werden, weil die Unternehmer über den Mindestlohn in der Stahlindustrie etc. den dort bedeutend höheren Lohn, der bei 22 € liegt, auf den Mindestlohn runterdrücken wollen.

Gewerbeanmeldung: die Betroffenen haben hier tatsächlich eine Gewerbe (*Gewerbe oder freiberufliche Tätigkeit?*) angemeldet. Eigentlich dürfe jedoch kein Gewerbe anmelden, wer nur von einem Auftraggeber abhängig sei.

Da sei man jedoch in den ersten drei Jahren bei den Behörden sei kulant.

Diese „Selbstständigen“ würden als Stundenlöhner eingesetzt. Stundenlöhne sind im Baugewerbe nicht erlaubt. Doch Selbstständige bieten Leistungen an, stellen diese in Rechnung. Je undurchschaubarer die Strukturen, um so höher die Wahrscheinlichkeit, dass die Vorschriften und Gesetze nicht eingehalten werden.

Generalunternehmer: Die Generalunternehmer machen immer das gleiche Spielchen. Sie sagen einfach, sie haben von allem nichts gewusst. Und es seien ja die Subunternehmer, die die Arbeiter aus Rumänien etc. als Selbstständige anwerben.

In Deutschland gibt es glücklicherweise die Generalunternehmerhaftung. Diese besagt, dass der Generalunternehmer haftet, wenn der Subunternehmer nicht tut, was er tun müsste, also z..B. keinen Lohn bezahlt.

Die polnischen Arbeiter hätten, obwohl sie kaum Deutsch verstünden, in einem Berliner Anwaltsbüro vorgefertigte Anträge auf ein Gewerbe unterschrieben.

Wie sieht diese Anmeldung aus? Die werden die Arbeiter in einer Gruppe von zehn bis zwanzig in die Behörde reingeführt. Eigentlich müssten die Beamten, die mitunter recht findig sein können, doch merken, dass da was nicht in Ordnung ist. Verfügen sie über keine Checkliste, wie eine Scheinselbstständigkeit erkannt werden könne?

In Gladbeck habe man als Gewerkschaft bei den Behörden nachgefragt, wie die Gewerbeanmeldung war.

Die Firma Oscher-Bau aus Berlin hat für Bilfinger - Berger in der Limburger Strasse gearbeitet. Da waren 33 Arbeiter aus Rumänien und 17 aus Polen im Einsatz.

Wird nicht durch Mindestlöhne der Facharbeiterlohn gesenkt, auf das Niveau des Mindestlohns abgesenkt?

Diese Befürchtung, die man vor allem bei der IG Metall häufig hört (u.a. der Gewerkschaftsfachabteilung in Frankfurt) könne so nicht gelten. In anderen Ländern, wie z.B. Großbritannien, sei der Facharbeiterlohn nach der Einführung des Mindestlohns ja auch nicht gesenkt worden.

Überhaupt, wie komme man bei der IG Metall auf diesen Vergleich? Seit Jahr und Tag gibt es einen gesetzlichen Mindesturlaub und da hat doch auch niemand gesagt, dass dieser die Urlaubszeit anderer Kollegen einschränken würde.

Nachvollziehbar mag sein, dass es bei der IG Metall bisher an Begeisterung für den gesetzlichen Mindestlohn fehlt. Vielerorts brauche man diesen nicht. In Groß- und Mittelbetrieben der Stahl- und Metallindustrie seien die Löhne so hoch, dass dort kein Mindestlohn mehr eingeführt werden muss. Anders sehe es jedoch z.B. im Gaststättenbereich aus.

Insgesamt erwarte man von allen Gewerkschaften, dass sie sich deutlich für einen gesetzlichen Mindestlohn aussprechen.

Im weiteren schildert der Film den Kampf von Arbeitern und Gewerkschaft mit dem Subunternehmer OSHA Bau.

OSHA Bau, ein Subunternehmer von Bilfinger – Berger hat die Löhne nicht bezahlt, schiebt die Schuld jedoch auf einen weiteren Subunternehmer. Der Subunternehmer, so der Vertreter von OSHA, sei jedoch bezahlt worden.

Anhand von Stundenzetteln errechnen die Gewerkschafter Lohnforderungen in Höhe von ca. 76 tausend €.

Letztlich war der tagelange Kampf um den Lohn der Arbeiter von OSHA in Essen eine Erfolgsgeschichte.

Katastrophal an den im Film gezeigten Zuständen sei auch, dass die Arbeiter nicht wüssten, wer eigentlich ihr Ansprechpartner sei.

Der Film zeige auch, dass europäische Sozialstandards geschaffen werden müssen.

Privatisierung in MG und Essen

Der Kämmerer der Stadt Essen ist ein Herr Nieland. Er ist einer der entschiedensten Befürworter der Privatisierungen, hat der Stadt Essen in der Vergangenheit einen Katalog mit möglichen Privatisierungsprojekten erarbeitet. Dieser Herr Nieland ist der Sohn des Herr Nieland, der in Mönchengladbach die EWMG leitet.

Schwarzarbeit

Es wird ein Artikel zitiert, in dem behauptet wird, dass sich der Kampf gegen die Schwarzarbeit nicht lohne. Nur 22 %, die vor Gericht kommen, würden zur Kasse gebeten. Und es würden nur 10% der Strafen bezahlt. Da könne man sich ja ausrechnen, was diese Kontrollen bringen. Und vor diesem Hintergrund sei der Bundesrechnungshof gegen eine Intensivierung der Kontrollen.

BAT und TVÖD

In Deutschland sinke das Lohnniveau ständig. Eine Industriekauffrau, die mal 2600 € bekommen hat, bekomme nur noch 1800 €.

Es gibt nicht mehr den BAT, sondern den TVÖD. Dieser Tarifvertrag wurde von Gewerkschaftern unterstützt und gebilligt und das sei eine schlechte Sache gewesen. Dank TVÖD bekomme heute jemand 1000 € weniger, wenn er seinen Betrieb wechsle. In der Folge wolle niemand mehr den Betrieb wechseln. Dadurch ließen sich die Leute aber auch leichter mobben.

Gewerkschaftsschelte sei fehl am Platz, meint ein anderer Diskussionsteilnehmer. Außerdem gibt es vieles, wo Gewerkschafter sich mit Erfolg für Kumpels eingesetzt haben. Sie gehen mit Ehrenamtlern über die Baustellen, bieten Hilfe und Beratung an.

Staatlich subventionierte Arbeit

Über arbeiten heute Leute, die vom Staat subventioniert werden, z.B. als Ein-Euro Jobber. Jugendliche, die keine Arbeit bekommen, werden von einem Praktikum ins nächste gesteckt. Die Praktikanten arbeiten einen ganzen Monat Vollzeit, erhalten kein Geld hierfür. An ihnen kann eine Baumarktkette reich werden.

Tarifpolitik reicht nicht in diesem Lande. Erst mit dem Erstarben der LINKEN werde gesellschaftlich wieder über Sozialpolitik und soziale Standards gesprochen. Wir müssen dran bleiben, aber auch an die Eigentumsfrage ran. Und wir sollten uns den Gewerkschaften als verlässlicher Partner anbieten.

Die Versammlung dankt dem Referenten sehr herzlich für die interessanten und wichtigen Informationen aus erster Hand.

Die Resolution „Arbeit darf nicht arm machen“ wird bei einer Enthaltung angenommen.

Nokia:

Es ist ein Unding, dass ein Konzern 80 Millionen € Staatsknete kassiert und dann, obwohl er rentabel arbeitet, völlig unerwartet seine Produktion in Bochum schließt.

Subventionen müssen an das Kriterium der Arbeitsplatzsicherung geknüpft sein.

Der Resolutionsentwurf wird mündlich vorgetragen und bei einer Gegenstimme angenommen.

Termin:

Am Freitag ist von 14 bis 18 Uhr eine Mahnwache zum Erhalt der Arbeitslosenzentren in NRW.

Wir sollten uns daran beteiligen.

Protokoll: Bernhard Clasen